

Ausgabe: WA-Hamm

Erscheinungstag: 06.12.2013

Seite: 10



„Kein Kind zurücklassen“ lautet auch an der Wilhelm-Busch-Schule die Devise. ■ Foto: Szkudlarek

Bildungsbegleiter bis 2021

Oberbürgermeister bekennt sich zu „Netzwerkern“ und will die Richtlinien lockern

HAMM ■ Die Stadtverwaltung will die Richtlinien für die Bildungsbegleiter überarbeiten. „Da wir die Bildungsbegleiter ab Januar alleine finanzieren und damit weder vom Bund noch vom Land reguliert sind, wollen wir im Wege der Einzelfallprüfung auch Kindern und Jugendlichen helfen, die nicht Anspruchsberechtigte im Sinne des Sozialgesetzbuches II sind“, sagte gestern Oberbürgermeister Thomas Hunsteger-Petermann. Er reagierte damit auf Kritik der Grünen-Ratsfraktion, die moniert, dass viele Kinder und Jugendliche von Hilfen ausgeschlossen seien (WA berichtete).

Hunsteger-Petermann bekannte sich nochmals ausdrücklich zu den Bildungsbegleitern, für die die Stadt ab Januar selbst zahlen wird. 1,2 Millionen Euro pro Jahr sind für die 24 Stellen notwendig, die der Rat am Dienstag bewilligen soll. Die Finanzierung der Bildungsbegleiter sei trotz Haushaltssicherung und Stärkungspakt bis zum Jahr 2021 abgesichert, so der Ob. „Wir sind auf dem richtigen Weg. Genau dieses Mo-

Bildungsbegleiter/Sozialarbeiter

Schulsozialarbeit ist eine definierte Aufgabe der Länder, die auch als Kostenträger dafür aufkommen müssen. Die Stelleninhaber sind in der Regel studierte Sozialarbeiter. Bildungsbegleiter dagegen werden zeitlich befristet bis zum 31. Dezember 2013 vom Bund finanziert. Ihre Aufgabe ist die Armutsbe-

kämpfung. Die Bildungsbegleiter motivieren Eltern, die Sozialhilfeleistungen nach dem Sozialgesetzbuch II beziehen, für ihre Kinder Maßnahmen nach dem Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) zu beantragen. Die Stelleninhaber müssen nicht zwingend studierte Sozialarbeiter sein. ■ **dfb**

dell Bildungsbegleiter hat uns in Hamm weitergebracht“, sagte der Verwaltungschef. Es werde Anfang des neuen Jahres eine Sonder-sitzung geben, in der die nachweislich positiven Effekte der Arbeit der Bildungsbegleiter vorgestellt würden.

Die Bildungsbegleiter seien bewusst den Sozialräumen zugewiesen und nicht einzelnen Schulklassen. „Das ist sinnvoll, weil sie vernetzt arbeiten“, sagte der OB. Auch die Trägerschaft durch die Wohlfahrtsverbände habe sich bewährt, weil auch hier bereits gute Vernetzungsstrukturen mitgenutzt würden. „Außerdem hätten wir auch in städtischer Träger-

schaft dieselben Overhead-Kosten“, weist Hunsteger-Petermann die Kritik von Grünen-Ratsherr Karsten Weymann zurück. Weymann hatte beanstandet, dass 15 bis 20 Prozent der Fördergelder für Overhead-Kosten der Träger verpufften.

Der OB appellierte außerdem an alle Ratsfraktionen, den bisherigen Konsens im Rat nicht aufzugeben. „Das ist auch keine Festlegung gegen Schulsozialarbeit“, so Hunsteger-Petermann. Das seien zwei paar Schuhe. Für den Ausbau der Schulsozialarbeit müsse das Land als Kostenträger aufkommen.

Auch von den Wohlfahrtsverbänden gab es gestern

eine Reaktion auf den Grünen-Vorstoß. „Wir begrüßen die Entscheidung der Stadt, die Bildungsbegleiter aus eigenen Mitteln fortzusetzen, denn ihre Arbeit hat sich sehr bewährt“, sagte Elmar Marx, stellvertretender Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Hammer Wohlfahrtsverbände. Da die Stadt nun dafür bezahle, sei es auch folgerichtig, die Arbeit der Bildungsbegleiter fachlich noch einmal neu auszurichten. „Aus unserer Sicht ergänzt die Bildungsbegleitung das System der Schulsozialarbeit optimal“, so Marx. Im Unterschied zu Schulsozialarbeitern arbeiteten die Bildungsbegleiter fast ausschließlich einzelfallbezogen.

Der Schwerpunkt ihrer Arbeit liege in der individuellen Beratung und Initiierung von Fördermaßnahmen. „Ein wesentlicher Bestandteil ist auch die Einbeziehung und Stärkung der Familien“, sagte Marx. Nur die intensive Beratung der Bildungsbegleiter ermögliche, dass die Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabe-Paket auch abgerufen würden. ■ **dfb**